

Die Klagen über Machtspielchen und Postenschacher aus einem Umfeld, in dem sie ebenfalls Zuhause sind.

oder

Wie mich eine Zuschrift auf meinen Leserbrief vom 11. 11. 2019 in der NZ dazu führte, mich mit Ludwig von Mises und anschließend mit der Goldstandard-Währung, die der Weimarer Republik das Genick brach, zu beschäftigen.

Ein Beitrag von
Tristan Abromeit

der ohne die dokumentierte Anregung eines Mitbürgers nicht geschrieben worden wäre.

Mitte Januar 2020

www.tristan-abromeit.de

Text 165

Inhalt

- SPD schimpft über neue „Machtspielchen“/ „Postenschacher“ oder „gelebte Demokratie“
meine Leserbrief vom 11. 11. 2019 (eine Seite)
- Eine Stellungnahme von Heinrich Solneman vom 29. 12. 2019 (2 Seiten)
Anhang zu der Stellungnahme mit einem Artikel „Thanksgiving und der Hintergrund“ (3 Seiten)
- Meine Antwort dazu vom 14. 1. 2020 Schwerpunkte:
a) wie weit stimmt der Hintergrund zum Thanksgiving-Tag
b) zu Wolfgang von Mises und die Wirkung des von ihm
befürworteten Goldstandard-Währung in der Weimarer Republik (15
Seiten)
- Der weitere Gedankenaustausch per E-Mail vom 15. 1. 2020
und eine Fundsache auf dem eigenen Rechner zum Thema Freiheit:
Es ist ein zweiteiliger Leserbrief für die HAZ vom 14. Januar 2002
Die Themen: Bildungszwang und Scheu vor der Selbständigkeit (4 Seiten)

Leserbrief für die Neustädter Zeitung

Tristan Abromeit / abromeit et t-online.de

11.11. 2019

SPD schimpft über neue „Machtspielchen“ / „Postenschacher“ oder „gelebte Demokratie“

NZ vom 9. 11. 2019 (siehe: <http://epaper.neustaedter-zeitung.de/nz/1078/>)

Heutzutage wird viel über die Gefährdung der Demokratie gesprochen und geschrieben. Es erfolgen Verweise auf extreme politische Positionen. Übersehen wird dabei meistens, dass das Erscheinungsbild an den linken und rechten Rändern der Politik entscheidend von der Qualität der politischen Mitte bestimmt wird. Und tatsächlich ist das Verhalten der politischen Mitte – zu der ich auch die SPD zähle – die Ursache, dass sich das demokratische Provisorium von 1949 nicht zu einer von allen Deutschen getragene vollen Demokratie entwickeln konnte. Und dieses politische Fehlverhalten auf Bundesebene schlägt eben bis auf die kommunale Ebene durch.

Ausführlich kann man diese Aussage gar nicht in einem Leserbrief begründen, daher nur wenige Aspekte. Im Artikel 21 des Grundgesetzes steht u.a.: „Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. ...“. Aus diesem Mitwirkungsrecht ist faktisch ein Monopol der Parteien geworden. Unabhängige Kandidaten sind faktisch von der Mitwirkung in den Parlamenten ausgeschlossen. Das Abstimmungsrecht der Bürger nach Artikel 20 wurde auf Bundesebene verhindert und auf der Landes- und kommunaler Ebene kümmerlich ausgestattet.

Und nun zu den Fraktions-, Gruppen- und Koalitionsbildungen in den Parlamenten: Diese sind besonders auf kommunaler Ebene widersinnig, weil sich Einsichten in Sachzusammenhängen und Urteile darüber, wie sich Verhältnisse gestalten und Probleme lösen lassen, individuell nicht nach der Parteizugehörigkeit einstellen. Für die Wirtschaft gilt noch immer, das Kartelle den Wettbewerb – eine Bedingung der Marktwirtschaft – behindern. Sie werden – wenn sie entdeckt werden - daher mit Bußgeldern geahndet. Im Bundestag habe sich von Beginn an Fraktionen – eine Entsprechung der wirtschaftlichen Kartelle – gebildet, obwohl sie das Grundgesetz nicht vorsieht. Diese Fraktionen behindern den Wettbewerb um die beste Lösung eines Sachverhaltes, weil sie die Abgeordneten abstrafen, die sich der Fraktionsdisziplin nicht unterwerfen. Und der Artikel 38 GG, der von den Abgeordneten sagt: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ wird so gut wie ausgehebelt. Die Politiker in Niedersachsen haben diese demokratiefeindliche Praxis dann mit den Abfassungen der Landes- und Kommunalverfassung legalisiert und somit das Erscheinungsbild des Rates in Neustadt mit verursacht.

Der Einsatz für Demokratie erfordert mehr als die Verurteilung unerwünschter Parteien und politischer Haltungen.

Tristan Abromeit

Neustadt, den 29.12.2019

Heinrich Solneman
Mond-Straße 55
D-31535 Neustadt

Tristan Abromeit
31535 Neustadt-Mardorf

„Mehr als die Verurteilung unerwünschter Parteien“ in NZ vom 13.11.2019

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Ihr Leserbrief ist zwar schon eine Weile her, doch ich war zu diesem Zeitpunkt in Vorbereitungen für eine Auslandsreise und komme daher erst jetzt darauf zurück. Warum? Weil aus Ihren Ausführungen endlich auch mal jemand grundsätzliche Kritik an den aktuellen Kartell- und Monopolverhältnissen in der Politik übt und dies allgemeinverständlich und sachlich begründet. Daher haben mich Ihre Ausführungen gleich sehr angesprochen, denke ich doch schon seit Jahren in die gleiche Richtung. Allerdings ist es schwer, für solche grundsätzliche Kritik Diskussionspartner zu finden.

Meine grundsätzliche Kritik geht noch viel weiter. Sie kritisiert auch die Demokratie, die zwangsläufig immer weiter in Sozialismus führen wird. Immer Scheibchenweise, da in der Demokratie Wählerstimmen gewonnen oder besser gekauft werden (müssen). Wer die meisten Versprechungen macht, der bekommt die meisten Stimmen. Natürlich auf Kosten der fleißigen Bürger, die als Steuerzahler gewaltsam zur Kasse gebeten werden. Möglicherweise kennen Sie Ludwig von Mises und den Ökonomie-Nobelpreisler August von Hayek und das Werk „Der Weg zur Knechtschaft“, wo diese Zusammenhänge schon vor knapp 100 Jahren exakt hergeleitet wurden. Nicht umsonst mußte Mises aus dem Hitlerdeutschland fliehen.

Heute gibt es die Mises-Institute auf der ganzen Welt, vorwiegend aber in den USA, wo Mises dann für den Rest seines Lebens gelehrt hat. Aber auch in Deutschland gibt es wieder Freiheitsfreunde, die z.B. über die Zeitschrift „Eigentümlich Frei“ verbunden sind. Hier treffen sich freiheitlich gesinnte Denker Deutschlands. Ich bin ei-

Reaktion von H. Solneman auf - 1 - Leserbrief von TA Text 165

ner der Leser und es tut mir immer gut, wenn ich von gleichgesinnten Menschen höre, im vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen indoktrinierten Deutschland selten passierend. Möglicherweise sind Sie selbst bereits ein Leser von „Eigentümlich Frei“, doch wenn nicht, so würde ich Ihnen zumindest zu einem Probeheft raten.

Und natürlich wünsche ich mir, daß Sie mit Ihrer klaren Meinung auch in Zukunft wieder konkret Stellung zu Themen nehmen, die in der Neustädter Politik schief laufen, aber nicht nur dort.

Ich schrieb Ihnen hiermit, weil ich hörgeschädigt bin und daher ein Telefonanruf nicht möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen, für die Freiheit und das Privateigentum.

Heinrich Solneman

PS: Ich füge noch einen Beitrag aus *Eigentümlich Frei* bei, den ich für besonders gelungen halte.

00000000

Der Brief wurde von mir neu formatiert und anonymisiert. TA 18. 1. 2020

Reaktion von H. Solneman auf - 2 - Leserbrief von TA Text 165

Aus dem Anhang aus der Stellungnahme von Heinrich Solneman zu meinem Leserbrief
übernommen. Text neu formatiert. T A /15. 1. 2020

Thanksgiving und der Hintergrund

Am 28. November feierten die USA ihr alljährliches Thanksgiving-Fest, doch die wahre Geschichte der Kolonisten und des ersten Erntedankfestes ist kaum bekannt. Dieser Feiertag erinnert jedes Jahr aufs Neue an den Sieg der Freiheit und der Marktwirtschaft über die Sklaverei und die Gemeinwirtschaft.

Die ersten beiden britischen Kolonien der Neuen Welt waren Jamestown und Plymouth. Beide waren utopische sozialistisch organisierte Gemeinschaften, die jämmerlich scheiterten. Die ersten Kolonisten besaßen kein Eigentum, während Arbeit und Ertrag vermeintlich gleichmäßig geteilt wurden. Die Aufgaben wurden den Siedlern, wie in jeder Planwirtschaft, entsprechend ihren vermeintlichen Fähigkeiten zugewiesen. Die Abschaffung des Privateigentums entpuppte sich als äußerst dumme Idee und hatte fatale Konsequenzen, die heute auch als die „Tragik des Allgemeinguts“ bekannt sind. Wenn jeder Anspruch auf alles hat, dann trägt niemand die Verantwortung für irgendetwas. Ohne Privateigentum war und fühlte sich niemand verantwortlich für die Saat und die Ernte, weshalb Raubbau betrieben wurde und sogar unreife Pflanzen gestohlen wurden. Ohne eigenen Besitz agierte niemand nachhaltig, und es wurde weder für schlechte Zeiten noch zur Kapitalbildung gespart.

Egal wie viel und wie hart jemand arbeitete, der Lohn war nie mehr als der jener, die wenig oder nichts leisteten. Es war daher rational, dass Männer und Frauen zunehmend die Arbeit verweigerten und nur noch das machten, wozu sie mit Gewalt gezwungen wurden. Die Siedler schoben Krankheiten vor, und Frauen blieben lieber daheim bei ihren Kindern, anstatt zu arbeiten, da sie keinen direkten Vorteil daraus gehabt hätten.

Die Ernteerträge kollabierten, und so kam es, dass binnen zwei Jahren die Hälfte der Kolonisten in harten Wintern den Hungertod starb und die Menschen von Ratten lebten, während Diebstahl und Gewalt grassierten.

Da die Kolonie kurz vor ihrer Auslöschung stand, warf der ihr Gouverneur William Bradford die sozialistische Idee über Bord und erlaubte jedem Mann, Getreide für

seinen eigenen Haushalt anzupflanzen. Dazu musste jeder Familie eine eigene Parzelle Land zugewiesen werden, die von da ab ihr Privateigentum war. Plötzlich begannen die Menschen wieder zu arbeiten, und selbst Frauen schnallten ihre Kinder auf den Rücken und begannen mit produktiver Feldarbeit. Binnen nur zweier Ernten hatten sie mehr, als sie benötigten, und die Kolonie blühte auf. Gouverneur William Bradford schrieb: „Das (Freiheit und Privateigentum) hatte so großen Erfolg und machte alle Hände sehr fleißig, so dass mehr Getreide gepflanzt wurde als zuvor.“ - „Statt den Hungertod gab Gott ihnen nun Überfluss.“

Da die Pilger nun das Eigentum an ihrer Produktion und den Produktionsmitteln hatten, sparten und investierten sie, während sie begannen, mit den Früchten ihrer Arbeit Handel zu treiben. Der Marktpreis war auch damals sofort das wichtigste Steuerungsinstrument für die Produktion. Hatten die Kolonisten beispielsweise zu viel Getreide angebaut und zu wenig Kohl, so war der Marktpreis für Kohl relativ zum Getreide teuer. Dieser hohe Marktpreis und der daraus resultierende höhere Gewinn für die entsprechend investierte Arbeitszeit veranlassten die Bauern, bei der nächsten Aussaat mehr Kohl statt Getreide anzubauen. Auf diese Weise regelte der Marktpreis automatisch die Produktion entsprechend der Nachfrage optimal zum bestmöglichen Preis.

Den Überfluss, den die Kolonisten nun erfuhren, feierten sie mit ihren indianischen Nachbarn, die sich mit fünf gejagten Hirschen an den Feierlichkeiten beteiligten, während die Kolonisten Gemüse, Fisch und womöglich einige wilde Truthähne beisteuerten. Diese Feier ist der Ursprung des heutigen Thanksgiving-Feiertages in den USA.

Die amerikanischen Pilgerväter lernten lange vor Marx, dass die Gemeinwirtschaft eine unmögliche und dumme Utopie ist. Was in einer kleinen Kolonie von 100 Personen nicht funktioniert, wird im großen Maßstab ebenso scheitern, nur wird die Zahl der Toten entsprechend höher sein. Die Gemeinwirtschaft, unabhängig von der Größe des Experiments, vernichtet Wohlstand, Wachstum, Fleiß und Eigenverantwortung. Die fehlende Preisbildung sorgt dafür, dass die Produktion fehlgeleitet wird, was Verschwendung erzeugt und den Kapitalstock gänzlich zerstört.

Die Sowjetunion wiederholte mit dem Kommunismus dieses Experiment, was den Tod von 45 Millionen Menschen sowie die völlige Zerstörung der Wirtschaft und Gesellschaft nach sich zog. Dieses und alle anderen gescheiterten planwirtschaftlichen Experimente beweisen,

dass gleiches Einkommen unabhängig von der Leistung sich zwar fair anhört, jedoch unfair ist. Gewalt und Fremdbestimmung gegen freie Menschen sind immer Unrecht und enden in letzter Konsequenz immer nur in Leid, Hunger und Tod.

Moralisch ist eine Handlung immer nur dann, wenn sie auf Freiwilligkeit beruht. Gemeinwirtschaften erzeugen durch den Mangel, den sie schaffen, unsoziales Verhalten. In Wohlfahrtsstaaten mit hoher Steuerlast fühlen sich Unternehmer und Privatleute nicht mehr verantwortlich für das Wohl anderer, denn das sei ja die Aufgabe des Staates, wofür man sehr viele Steuern zahle. In freiheitlichen beziehungsweise kapitalistischen Gesellschaften sind die Menschen hingegen herzlicher und verbundener und zeigen wirkliche Nächstenliebe, was die Spendenbereitschaft der US-Amerikaner beweist.

Die Kolonie Plymouth und alle freiheitlichen beziehungsweise kapitalistischen Gemeinschaften in der Geschichte der Menschheit haben bewiesen, dass die Freiheit des Individuums, das Recht auf Privateigentum, die Vertrags- und Redefreiheit, Eigenverantwortung und die Begrenzung staatlicher Macht die Garanten für Wohlstand, Frieden und freiwillige Nächstenliebe sind.

Quelle: Siehe Brief von Heinrich Solneman vom 29. 12. 2019

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

www.tristan-abromeit.de

Herrn
Heinrich Solneman

D-31535 Neustadt

Neustadt, den 14. Januar 2020

Ihr Schreiben vom 29. 12. 2019 und Artikel aus „eigentümlich frei“
Bezug: mein Leserbrief in der Neustädter Zeitung vom 13. 11. 2019

Sehr geehrter Herr Solneman,

ich habe mich über ihren Brief sehr gefreut, weil er eine Überraschung war. Freunde der Freiheit kann man heutzutage eher auf einen anderen Stern vermuten als vor der Haustür nebenan. Meine Freude bekam aber gleich einen Dämpfer als ich meiner Frau und einem meiner Söhne Ihr Schreiben zum Lesen gab. Der Sohn und meine Frau äußerten ihren Unmut über Ihre Aussage, die so beginnt:

„Meine grundsätzliche Kritik geht noch viel weiter. Sie kritisiert auch die Demokratie, die zwangsläufig immer weiter in Sozialismus führen wird. ...“ Ihr Anliegen, der Freiheit eine Bresche zu schlagen, wurde gar nicht mehr wahrgenommen. Das liegt auch daran, dass die Begriffe Sozialismus und Liberalismus so vieldeutig und unscharf geworden sind, dass eine Verständigung ohne Erläuterung, was damit gemeint ist, gar nicht möglich ist. Ebenfalls erzeugt die synonyme Anwendung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus für große Verwirrung und führt zu einer Ablehnung der Marktwirtschaft auch dann, wenn man sie (erst einmal gedanklich) von den negativen Wirkungen des Kapitalismus befreit, weil die alten zementierten Denkmuster sich nicht mit wenigen Sätzen aus dem Weg räumen lassen. Aber auch ohne die Begriffsverwirrung, für die Sie nichts können, ist Ihr Satz nicht gut durchdacht, denn die Konsequenz wäre ja, die Marktwirtschaft wäre nur in einer Diktatur oder Monarchie realisierbar. Logisch folgerichtig sind aber die Demokratie und die Marktwirtschaft die Ordnungsformen, die zusammenpassen. Das besagt aber nicht, dass wir keine erheblichen Schwierigkeiten sowohl mit der Demokratie als auch mit der Marktwirtschaft ha-

ben. Und diese Aussage besagt wiederum nicht, dass die Mängel nicht behoben werden könnten. Es ist aber nicht sicher, dass die notwendige Aufklärung uns vor dem gänzlichen Abgleiten unserer Gesellschaft und die der EU-Mitglieder in die Zentralverwaltungswirtschaft und die Hinwendung zur nächsten totalitären Regierungsform bewahrt. Die Menschen sich für eine gesellschaftliche Erlösungsreligion entscheiden, wenn sie sich nur noch als hilflose und unmündige Menschen in unsicheren und nicht mehr durchschaubaren Verhältnissen erleben, wie in der Zeit von Weimar als die Demokraten die Ökonomie und damit die Wohlfahrt der Gemeinschaft gegen die Wand gefahren haben.

Der Artikel „Thanksgiving und der Hintergrund“ aus der Zeitschrift „*eigentlich frei*“ fand bei meiner Frau auch keine Gnade. Sie hat viele Arbeitseinsätze in den USA geleistet und dort wurde ihr die Geschichte vom Ursprung des Feiertages anders erzählt. Die Siedler mussten nicht mehr hungern, weil die Indianer aufgrund ihres Wohlstandes durch ihre Gemeinwirtschaft in der Lage waren, die hungernden Siedler zu helfen. Darüber muss man aber gar nicht streiten. Geschichten werden auch nach den Bedürfnissen der Herrschenden oder dem zu beeinflussenden Publikum geschrieben. (Im Artikel 7. Absatz von oben.)¹

In dem Artikel stehen Sätze, die auch ich unterschreiben würde. Aber insgesamt schimmert da aber ein Liberalismus durch, der die Idee der Freiheit – die über die Konsumfreiheit und der Narrenfreiheit in den Äußerungen hinausgeht – für viele Menschen zu einem Hassobjekt der Menschen gemacht hat.

Grundsätzlich ist es so, dass die Menschen, die sich als die Freien verstehen, das Recht haben, sich selber ihre Wirtschaftsordnung zu wählen und auch zu korrigieren. Nicht alle Erfahrungen aus früheren Zeiten, die in der Literatur festgehalten wurden, können von allen Menschen blind kopiert oder weiter vollzogen werden. In der vorliegenden Geschichte haben sich nicht die Siedler für ein anderes Wirtschaftssystem entschieden, sondern ihr Gouverneur warf die sozialistische Idee über Bord. Da könnte man ja den Gedanken ableiten, dass wir einen Diktator brauchen, der uns dann zur Freiheit führt. Ich denke das funktioniert nicht.

1 Meine Frau hat mir einen Artikel zu dem Thema nachgereicht.

Tea Party und Thanksgiving Wie die Pilgerväter den Sozialismus abschafften / Millionen Amerikaner begehen Thanksgiving als Familienzusammenführung mit Truthahn-Schmaus - in der Tradition der Pilgerväter. Die Tea Party feiert dabei noch etwas anderes: Sie versteht das US-Erntedankfest als Parabel auf das Scheitern des Sozialismus in Amerika. Von [Marc Pitzke](#) 25.11.2010, 10:14 Uhr
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/tea-party-und-thanksgiving-wie-die-pilgervaeter-den-sozialismus-abschaffen-a-731060.html>

Den Siedlern wurde dann zur Eigenbewirtschaftung eine Parzelle Land zugewiesen. Dass durch die Aktivierung des Eigeninteresses die Produktivität rasant stieg, kann man – aufgrund der Kenntnisse, die in diesem Bereich gesammelt wurden – annehmen. Aber wenn man keine Propagandageschichte für den Kapitalismus schreiben will, dann kann man doch nicht einfach die Bodenrechtsproblematik übergehen. Die Siedler in Amerika sind doch zum großen Teil von Europa ausgewandert, weil in der Heimat kein Land hatten, das ihnen eine ökonomische Existenz ermöglichte. Diese Krankheit des europäischen Bodenrechts haben sie in Nord- und Südamerika eingeschleppt und mit Revolver gegen andere beheimatete Bodenrechtssysteme durchgesetzt. Hier haben wir die eine Ursache, warum die Idee der Freiheit immer wieder der Verlierer unter den Ideen für die Gesellschaftsgestaltung war.

Auch im letzten Absatz fehlt der Hinweis, dass das Recht auf Privateigentum nur das umfassen kann, was der Mensch durch seine Arbeit schafft. Die Erde im vollen Definitionsumfang, die die Existenzgrundlage für jeden Menschen ist, kann logischerweise kein Eigentum sein, das gerecht ist und eine segensreiche Freiheit schafft. Das herkömmliche Verständnis vom Eigentum (statt Nutzungsrecht) am Boden sabotiert die allgemeinen Menschenrechte und sanktioniert eine Art Sklaverei, es ist also antiliberal. Auch die Formulierung in dem letzten Absatz „... alle freiheitlichen beziehungsweise kapitalistischen Gemeinschaften ...“ ist unglücklich. Eine marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaft kann frei sein, eine kapitalistische nicht. Der Kapitalismus ist keine Wirtschaftsordnung, sondern ein Überlagerungssystem, das seine Existenz Fehlern in der marktwirtschaftlichen Ordnung und dem Mangel an wirtschaftlichen Gütern verdankt. Während die Marktwirtschaft ein System des dezentralen Leistungsaustausches ist, ist der Kapitalismus ein System, das leistungsloses Einkommen zu Lasten des Arbeitseinkommens generiert, das dann Zins und Rendite genannt wird. Geht die Rendite in den Keller, wird der Kapitalismus zur Kriegsgefahr, weil das System in der Zerstörung von Gütern, sein Überleben ermöglicht.

Zur Zeitschrift *eigentümlich frei* (https://de.wikipedia.org/wiki/Eigent%C3%BCmlich_frei) : Ich habe vor längerer Zeit ein paar Exemplare erhalten oder erworben. Ich kann mich dunkel erinnern, dass ich einen Leserbrief oder einen Text an die Redaktion geschickt habe und mir dafür eine Abfuhr eingeholt habe. Es ergibt keinen Sinn, seine Kräfte in einem Streit über die richtige Theorie der die Freiheit dienenden Ökonomie zu verbrauchen, besonders dann nicht, wenn der Eindruck entsteht, dass da ideologische Positio-

nen verteidigt werden. Sinnvoller ist es da, dass die verschiedenen Ökonomieschulen getrennt für die Freiheit wirken und dass wir darauf vertrauen, dass auch hier der Wettbewerb – wie ein Dreschflegel wirkend - die Spreu vom Weizen trennt. Aber so wie der Liberalismus heute aufgestellt ist und wirkt, wird er weiterhin der Verlierer im Ringen um die Gestalt der Gesellschaft bei uns und anderswo sein und nur die hässliche Blöße des Kapitalismus abzudecken helfen und damit die Sehnsucht nach dem „großen Bruder“, dem „Sozialismus“, der einem alle Sorgen abnimmt, befördern.

Der Name Ludwig von Mises ist mir bekannt. Einen Buchtitel von ihm habe ich aber nicht im Bestand, aber wohl von Friedrich August Hayek mit dem Titel „Der Weg in die Knechtschaft“. Aber in meinem Bücherbestand sind vertreten: Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Milton Friedman, John Maynard Keynes, Adam Smith, Pierre-Joseph Proudhon, Karl Marx, dann die Vertreter der unterschiedlichen Interpretation christlichen Soziallehre Oswald von Nell-Breuning und Johannes Kleinhappl und weiter die Autoren, die man den Anarchisten zu ordnen kann, wie Rudolf Rocker, Leopold Kohr. Robert Nozick und ein paar Dutzend weiterer Titel von Autoren die man als Liberale, Sozialisten, Anarchisten oder Konservative einstufen kann. Außerdem stehen mir noch einen Haufen Titel zur Verfügung die inhaltlich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule zuzurechnen sind.

Ich will mit der Aufzählung nicht meine Belesenheit dokumentieren, denn so belesen bin ich gar nicht. Die meiste meiner Lebenszeit war keine Zeit, Kraft oder das fehlende Interesse für das lesende Studium der Ökonomie oder allgemein für die Gesellschaftswissenschaften vorhanden. Und heute genügen mir schon ein paar Sätze, Absätze oder Seiten aus einem Buch, um den eigenen Denkapparat anspringen zu lassen. Die Zahl der Titel verdeutlicht aber zweierlei: 1. Es haben sich schon viele Autoren über eine befriedigende Ökonomie den Kopf zerbrochen und keiner wird das Ziel gehabt haben, damit den Menschen zu schaden. 2. Nachgeborene können für sich einen der Autoren oder mehrere als Anreger des eignen ökonomischen Denkens entdecken, aber keinem ist zu raten, nur einen der Vor-ihm-Denker nur zu kopieren und darauf sein Urteil aufzubauen. Wenn einer der Autoren mit seinen Aussagen heute auch noch Gültigkeit hat, muss sich diese in der erneuten Prüfung der Feststellungen und Schlussfolgerungen bestätigen. Und für diese Prüfung kann nicht gelten, „Einer für alle!“, sondern viele müssen sich der Mühe des Überprüfens unterziehen. Und hier behaupte ich, hat die etablierte Wirtschaftswissenschaft in den letzten hundert Jahren versagt. Als Ursache

sehe ich die Tatsache, dass wir kein freies Bildungssystem haben. Es fehlt auch hier der chancengleiche Wettbewerb mit der Dreschflegel-Funktion, der den Erkenntnis-Weizen vom Spreu der Schein-Erkenntnis trennt.

Um mir einen schnellen Überblick von Ludwig von Mises zu schaffen, habe ich den Wikipedia-Eintrag über ihn gelesen und ausgedruckt. Das genügt natürlich nicht, sich ein abgerundetes Bild vom Wirken und Wollen eines Menschen zu verschaffen. Aber die Zuordnung von von Mises zur Österreichischen Ökonomie-Schule, reicht, um auf ein Problem hinzuweisen, das wesentlich zur Entfaltung des Zweiten Weltkrieges beigetragen hat. Die österreichische Ökonomie-Schule verteidigt und befürwortet nach wie vor die Goldwährung, obwohl empirisch nachgewiesen wurde, dass sie weder die Kaufkraft- noch eine Konjunktur-Stabilität ermöglicht und auch nicht die kapitalistischen Konzentrationsprozesse unterbinden kann. Die Fürsprache für die Goldwährung wird davon abgeleitet, dass Gold nicht wie Papiergeld gedruckt werden kann.

Ich zitiere jetzt ein paar Absätze aus dem Wikipedia-Eintrag zu Ludwig von Mises und kennzeichne sie mit A) B) C) D). Die Ausschnitte sind der laufenden Textfolge entnommen. Ich bringe aber vorher noch ein Zitat von Silvio Gesell. Dabei hatte ich vor, die Aussage zu bringen, dass es in Bezug auf die Währung keine kleinen Fehler gibt, weil jeder Fehler hier große unerwünschte Wirkungen zeigt. Ich finde dafür aber nicht die Belegstelle, daher wähle ich folgende Zitate von Gesell:

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

...

Die absolute Währung, unter der der Durchschnittspreis unter allen Umständen fest bleibt, ist heute Sache des Wollens, nicht mehr des Könnens.

An die Überlebenden
Gedanken Silvio Gesells
eingeleitet und zusammengestellt
von Friedrich Salzman, Bern 1945

Es folgt jetzt der Text zu Mises:

A)

Mises spielte eine führende Rolle bei der Beendigung der [Hyperinflation in Österreich](#) im Jahre 1922 und war eine führende Stimme bei der Reorganisation der [Österreichischen Nationalbank](#) auf der Grundlage eines [Goldstandards](#) unter der Aufsicht des [Völkerbundes](#). Er trat für die drastische Senkung der [Einkommen-](#) und [Unternehmensteuern](#) ein, die die Aktivitäten des privaten Sektors strangulierten und half dabei, die [Devisenkontrollen](#) der Regierung, die den österreichischen Handel mit dem Rest der Welt ruinierten, zu Ende zu bringen.

Ludwig von Mises fühlte sich nicht der Gemeinwirtschaft verpflichtet, wohl aber dem Gemeinwohl, wie die meisten Ökonomen, deren gedanklichen Hinterlassenschaften uns in gedruckter Form zugänglich sind. Und doch ist es so, dass er mit seinem Einsatz für den Goldstandard, das Elend das die Welt durch den Zweiten Weltkrieg und die Naziherrschaft mit vorbereitet hat. Das besonders Tragische sehe ich darin, dass er – der im Wikipedia-Eintrag als Sohn jüdischer Eltern ausgewiesen wird - das besondere Leid, das die Juden erlitten haben, mit herbeigeführt hat. Das war bestimmt nicht seine Absicht. Es ist an dieser Stelle nur ein Hinweis auf die Bestätigung der Wirkung von Fehlern in der Währungstheorie und -praxis.

B)

Die zweite epochale Entdeckung Mises' war die Erklärung der [Konjunkturzyklen](#). Er wies nach, dass in einem unbeeinflussten freien Markt zwar Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes normal (quasi natürlich) sind, dass aber die typischen extremen Konjunkturschwankungen in Form von [Booms](#) und [Crashes](#) ursächlich auf [inflationäre Geldschöpfung](#) durch die Geschäftsbanken zurückzuführen sind, die im Rahmen einer staatlichen Währung dem Willen der Regierungen entsprechen. Inflation ist stets Folge der [Wirtschaftspolitik](#), es ist keine natürliche Markterscheinung. Diese [Kredite](#) sind nicht durch Ersparnisse als *Warenkredite* gebildet worden, sondern als [Fiatgeld](#) *ex nihilo*, ungedeckt, als *Zirkulationskredit* im Rahmen eines *fractional banking*. Die zusätzlichen Emissionen von [Kapital](#) verzerren die Kapitalströme in der Weise, dass sie die Preise der Kapitalgüter als weniger knapp erscheinen lassen, als sie es tatsächlich sind. Die Folge sind [Fehlinvestitionen](#) in Bereichen, deren Güter letztlich keine Konsumenten als Abnehmer finden. Die [Fehlallokation](#) des Kapitals schädigt nicht nur die Investoren, sie schwächt auch die wirtschaftliche [Leistungsfähigkeit](#) und führt dazu, dass knappe [Ressourcen](#) verschwendet werden. Eine relative Verarmung ist die Folge. In der Depressionsphase finden in Form von Kapitalvernichtung und Umlenkung die notwendigen Anpassungen an die Marktdürfnisse statt. Dies geht einher mit Entlassungen, [Arbeitslosigkeit](#), Verlagerung von Produktionsstätten, [Migration](#) und Einschränkung der [Einkommen](#).

Nur in einer reinen Goldwährung und einer an Gold gebundenen Währung sind Schwankun-

gen in der Kaufkraft normal, weil das Gold als Ware der Preisbildung für einzelne Güter selbst unterliegt. In einer umlaufgesicherten, indexgebundenen Währung kann im Jahresdurchschnitt die Inflation bei 0 % gehalten werden. Wie das zu machen ist, war auch schon zu Mises Zeiten bekannt – wenn auch von den Ökonomen nicht allgemein anerkannt und aufgrund der Bindung an anderen Erklärungsmustern nicht einsehbar.

Es ist berechtigt zu sagen, dass die Banken eine inflationäre Geldschöpfung betreiben können, aber nur für die Zeit, als es noch keine Zentralisierung der Geldausgabe gab und diese von privilegierten Geschäftsbanken vorgenommen wurde. Heute wird aber den Geschäftsbanken weiterhin unterstellt, sie könnten aus dem Nichts Kredite und damit Geld schöpfen. Wenn das richtig wäre, müssten alle Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken un- selbständige Niederlassungen der Zentralbank werden. Denn die Geldschöpfung im Geschäftsbankenbereich würde nichts anderes bedeuten, als dass die Banken über Ansprüche auf Güter im Markt verfügen könnten ohne dem Markt entsprechende Waren / Werte hinzuzufügen zu müssen.

Konjunkturzyklen hängen mehr mit einer Unterversorgung der Märkte mit Geld (Deflation), mit der Überversorgung mit Geld – wenn die Inflationsrate so hoch wird, dass sie ihren Nachfrageanreiz verliert und nicht mehr kalkulierbar ist – zusammen. Für die Unterversorgung ist maßgeblich das Absinken des Rendite-Niveaus verantwortlich, weil in dieser Situation die Hortung des Geldes interessanter ist als seine Investition. Die Deflation ist aber gefährlicher, weil sie sich dadurch selbst verstärkt, denn alle jene, die Geld haben, das über die Finanzierung des notwendigen kurzfristigen Bedarfs hinaus geht, warten darauf, dass die Güterpreise noch mehr nachgeben. Die Folge ist, dass die Märkte nicht geräumt werden und die Konkurse und die Arbeitslosenzahlen steigen. (Hier liegt auch der Grund, warum heute die Zentralbanken in unerlaubter und ungeeigneter Weise die Volkswirtschaften mit neuem Geld fluten. Für die Inflation sind nicht die Geschäftsbanken die Urheber, sondern es sind die Zentralbanken. Da ist aber kein böser Wille zu vermuten, sondern es waltet zum Einen mangelnde Einsicht zum Anderen geeignete Justierungsinstrumente.

Kapitalvernichtungen sind für den Kapitalismus eine Existenzhaltungsmaßnahme, nicht aber für die Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft ist nicht auf die Rentabilität angewiesen, sondern auf die Wirtschaftlichkeit. Diese ist gegeben, wenn der Markterlös die Kosten – z.B. die Abschreibungen und den Lohn für Arbeitnehmer und Unternehmer – deckt.

C)

Von Mises hielt den Kapitalismus für einen Garanten menschlicher Freiheit und für das einzig funktionsfähige Wirtschaftssystem. Nur durch freies Wirtschaften sei der moderne Stand der Produktion entstanden und nur damit könne er fortbestehen. Er vertrat die Auffassung, dass staatliche Interventionen immer weitere nach sich ziehen und schließlich zum Sozialismus führen, der wiederum zu einer radikalen Senkung des allgemeinen Wohlstands führe.

Hier wir die Fehlleistung, die Mises auch mit den Liberalen der Chicagoer Schule teilt, sichtbar. Es ist die Gleichsetzung der Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft. Ich habe noch nicht herausgefunden, ob dieser synonyme Gebrauch der Begriffe auf gedankliche Nachlässigkeit, Gewohnheit oder auf eine bewusste Strategie beruht, die die negativen Wirkungen des Kapitalismus hinter dem wohlklingenden Begriff der Marktwirtschaft verstecken soll. Den Satz zu der Wirkung der staatlichen Interventionen würde ich teilen, wenn da statt *Sozialismus* der wertneutrale Begriff Zentralverwaltungswirtschaft stehen würde. Denn der Begriff *Sozialismus* meinte ursprünglich nicht das, was die Marxisten daraus gemacht haben, sondern eher die Erlangung des vollen Ertrags der Arbeit, also die Aufhebung der Tributpflicht der Arbeit gegenüber dem Kapital. Rudolf Rocker schreibt in einem seiner Texte, dass der Sozialismus die natürliche Fortsetzung des Liberalismus wäre. Der Liberalismus hätte die Freiheit in der Politik und Kultur beflügelt und der Sozialismus hätte diese Aufgabe für die Ökonomie. (https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Rocker)

D)

Liberalismus (1927)

In den 1920er und 1930er Jahren war von Mises einer der wenigen deutschsprachigen Intellektuellen, die am klassischen Liberalismus festhielten. In seinem Buch *Liberalismus* von 1927 versuchte er diesen auf utilitaristischer Grundlage logisch zu begründen. Geschichtlich sei der Liberalismus die erste politische Richtung, die dem Wohle aller, nicht dem besonderer Schichten dienen wolle. Vom Sozialismus, der ebenfalls vorgebe, das Wohl aller anzustreben, würde sich der Liberalismus nicht durch das Ziel unterscheiden, sondern durch die Mittel, die er wähle, um dieses letzte Ziel zu erreichen (S. 7).

Es ist schon bemerkenswert, wenn eine politische Bewegung oder eine ökonomische Schule sich nicht nur für die Verbesserung einer besonderen gesellschaftlichen Schicht stark macht, sondern sich verpflichtet fühlt die Lebensbedingungen für alle Menschen in einer Gesellschaft oder in allen Gesellschaften auf unserer Welt zu verbessern. Die Ökonomie-Schule,

die es von ihrem Denkansatz nicht nötig hat, bestimmte Schichten zu bekämpfen oder zu vernichten, um andere Schichten besser stellen zu können, hat doch Pluspunkte zu verzeichnen. Auch anzuerkennen, dass Teilnehmer anderer politisch-ökonomischer Bewegungen ebenfalls gute Zielsetzungen haben oder haben können, ist 1. ein sympathischer und 2. ein nützlicher Zug. Da aber sowohl der Begriff Sozialismus wie auch der des Liberalismus stark belastet ist, müsste man für das gemeinsame Ziel einen neuen Begriff bilden, man könnte dann mit weniger gegenseitigen Vorbehalten nach dem besten Weg dort hin suchen.

Den aufkommenden [Faschismus](#) in Europa beschrieb er als Bewegung, die die Empörung der Menschen über die Gewalttaten der [Bolschewiki](#) in der [Sowjetunion](#) in Gegengewalt umsetze. Doch warnte er davor, in ihm ein Modell gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen: „Die große Gefahr, die von Seite des Faschismus in der [Innenpolitik](#) droht, liegt in dem ihn erfüllenden Glauben an die durchschlagende Wirkung der Gewalt“ [...] „Das ist der Grundfehler, an dem der Faschismus krankt und an dem er schließlich zugrundegehen wird“ [...] „Daß er außenpolitisch durch das Bekenntnis zum Gewaltprinzip im Verhältnis von Volk zu Volk eine endlose Reihe von [Kriegen](#) hervorrufen muß, die die ganze moderne Gesittung vernichten müssen, bedarf keiner weiteren Ausführung“.

Wenn die heutigen Politiker die Schuld der Deutschen betrachten, fängt alle Schuld mit der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten an. Bei Mises beginnt sie mit der gewaltsamen Auseinandersetzung der Nationalsozialisten mit den Kommunisten. Dass diese überhaupt eine Rolle in Deutschland und Österreich spielten, liegt doch an dem Ökonomieversagen der Demokraten und an dem wissenschaftlichen Versagen der Ökonomen auf den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühlen und angeschlossenen Instituten. Die verhinderte gedeihliche Entwicklung der Demokratie und die Zerstörung des gesellschaftlichen Gefüges ist doch durch die falschen Vorstellungen von dem Wesen und dem Wirken von Währungen erzeugt worden. In dieser Situation hatten die Nationalsozialisten und Kommunisten einerseits die Funktion der Geier und andererseits, die des Rettungsbootes. Ein ehemaliger jüdischer Parteifreund sagte mir sinngemäß: „Natürlich war es damals so, dass man nur noch die Entscheidung hatte, sich für die Kommunisten oder zu der NSDAP zu gehen. Ich bin zur KPD gegangen.“ (Siehe dazu auch: „*Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*“ von Gerhard Ziemer.) Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Kommunisten in diesem Ringen gesiegt hätten, wenn nicht die Schreckensmeldungen aus Russland - die eben nicht nur Propaganda waren, wie wir heute wissen – die Kommunisten für viele Bürger unwählbar gemacht hätten. Die Nationalsozialisten waren da schlauer, sie knüpften in ihrer Propaganda an viele

als positiv besetzte Begriffe der unterschiedlichen Bewegungen an.

Weiter schrieb er: „Es kann nicht geleugnet werden, daß der Faschismus und alle ähnlichen [Diktaturbestrebungen](#) voll von den besten Absichten sind und daß ihr Eingreifen für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben. Doch die Politik, die im Augenblick Rettung gebracht hat, ist nicht von der Art, daß das dauernde Festhalten an ihr Erfolg versprechen könnte. Der Faschismus war ein Notbehelf des Augenblicks; ihn als mehr anzusehen, wäre ein verhängnisvoller Irrtum.“[\[5\]](#)

Aus diesen Zeilen wird ersichtlich, dass der Wissenschaftler und Jude von Mises noch bedingt etwas Positives im Faschismus gesehen hat. Kann man da den „Normalbürger“ noch Vorwerfen, dass sie aus dem Elend, in dem sie Demokarten gestürzt hatten, im Nationalsozialismus eine Zuflucht suchten?

[Herbert Marcuse](#) hat diese und andere Äußerungen bekannter Liberaler über den aufkommenden Faschismus herangezogen, um seine These von der „inneren Verwandtschaft zwischen der liberalistischen Gesellschaftstheorie und der scheinbar so antiliberalen totalitären Staatstheorie“ zu belegen.[\[6\]](#) Der Mises-Biograf [Jörg Guido Hülsmann](#) weist die Behauptung zurück, dass Mises mit diesem Zitat den Faschismus entschuldigt oder als nützlich eingestuft habe.[\[7\]](#)

Obwohl er persönlich durchaus [konservative](#) Wertvorstellungen hatte, trat er auch für die [Legalisierung von Drogen](#) ein. Das wichtigste Mittel zum internationalen [Frieden](#) sah er im [Abbau sämtlicher Handelshemmnisse](#); zudem lehnte er staatliche Schulen ab, da er in diesen – vor allem im damaligen [Osteuropa](#) – ein Mittel zur Unterdrückung von [Minderheiten](#) sah.

L. Alber Hahn, Bankier und Wirtschaftswissenschaftler, der wie von Mises und Marcuse emigrieren musste, urteilt über diese Zeit 1962 in einem Vortrag „Rückblick auf fünf Jahrzehnte Währungspolitik“:

Ich hätte den Vortrag auch ‚Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation‘ nennen können. Haben doch die Volkswirtschaften der Welt seit Beginn des Ersten Weltkrieges ihr Gepräge weitgehend durch die abwechselnden Inflationen und Deflationen erhalten, die, von den politischen Ereignissen wie den Weltkriegen herbeigeführt, auch ihrerseits als gewaltige, immer unterschätzte Anreger politische Erdbeben auslösten. Wie anders, hätte sich beispielsweise das Schicksal Deutschlands, ja, der Welt gestaltet, wenn eine durch die Brüning-Luthersche Deflationspolitik zur Verzweiflung getriebene Nation sich nicht extremistischen Phantasten ausgeliefert hätte?

<http://www.zeit.de/1962/29/professor-hahn-ein-fazit/komplettansicht>

Da ich nicht wusste, wie die Währungspolitik in dieser Zeit in Österreich verlaufen ist, habe ich in Wikipedia nach einer Kurzbeschreibung gesucht. Unter dem nachfolgenden Link habe ich eine Beschreibung gefunden.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftsgeschichte_%C3%96sterreichs#Die_Epoche_der_Weltkriege_\(1914%E2%80%931945\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftsgeschichte_%C3%96sterreichs#Die_Epoche_der_Weltkriege_(1914%E2%80%931945))

Die Epoche der Weltkriege (1914–1945)

Die Donaumonarchie gab zwar mit dem Ultimatum an Serbien den Anstoß zum Ersten Weltkrieg, war aber de facto bereits ein wirtschaftlicher Satellit des [Deutschen Kaiserreichs](#). Bereits im September 1914 wurde als deutsches Kriegsziel ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverband unter deutscher Führung definiert.^[18] In weiterer Folge geriet das heterogene Gebilde des Habsburgerstaates immer stärker unter Druck. Ab 1916 verbreiteten sich [Streiks](#) und Unruhen.^[19] Die immer prekärere Versorgungslage sah die Landwirtschaft als „Kriegsgewinner“. Gegen Kriegsende wurde die Versorgungslage immer dramatischer, 1917 war bereits ein Jahr der „Ersatznahrungsmittel“, 1918–19 war ein regelrechter Hungerwinter, speziell in der Millionenstadt Wien.

Im klein gewordenen Nachkriegsösterreich glaubte man mehrheitlich nicht an die eigenständige Lebensfähigkeit des Landes und suchte den Anschluss ans demokratische Deutschland – oder in Vorarlberg an die Schweiz. Die diesbezügliche [Volksabstimmung 1919 in Vorarlberg](#) wurde hinfällig, als das [Anschlussverbot](#) an die [Weimarer Republik](#) festgelegt wurde. Die unsichere politische Zukunft Österreichs und die vielen sonstigen Probleme verhinderten auch die Stabilisierung der durch die Kriegsschulden schwer belasteten Kronenwährung. Bis 1920 hatte sich der Geldumlauf im Land von 12 auf 30 Milliarden Kronen erhöht. Ab Herbst 1921 geriet der Kursverfall der Krone außer Kontrolle und Ende des Jahres betrug der Geldumlauf bereits 174 Milliarden Kronen. Im August 1922 war schließlich die Billionengrenze überschritten.^[20]

Die Preise hatten sich zwischen 1914 und 1922 jährlich zumindest verdoppelt und erreichten in der letzten Phase der [Hyperinflation](#) monatliche Steigerungen von 50 Prozent. Insgesamt waren die Lebenshaltungskosten bis Sommer 1922 auf das 14.000-fache der Vorkriegszeit gestiegen. Erst durch eine Anleihe des [Völkerbundes](#) und die Gründung der [Österreichischen Nationalbank](#) konnte die Inflation schließlich zum Stillstand gebracht werden. Mit dem [Schillingrechnungsgesetz](#) vom 20. Dezember 1924 und der Festlegung des [Umrechnungskurses](#) von 10.000 Kronen zu einem Schilling begann die Periode stabilen Geldwerts in Österreich.^[20]

Das neue Staatsgebilde blieb aber wirtschaftlich und politisch fragil. Schon in den 1920er-Jahren erschütterten eine Reihe von Finanzskandalen das Land ([Niederösterreichische Bauernbank](#), [Centralbank der deutschen Sparkassen](#), [Postsparkassenskandal](#), [Bodencreditanstalt](#)), denen in den

1930er Jahren, mit internationalen Auswirkungen, der Zusammenbruch der [Creditanstalt](#) und der [Phönix-Skandal](#) folgten. Eine [Deutsch-österreichische Zollunion](#) scheiterte um 1930.

In der Weltwirtschaftskrise sah sich das kleine Land zu einer drastischen [Austeritätspolitik](#) gezwungen, die den Wert der Währung stabil hielt, aber eine expansive Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unmöglich machte. Dazu war die Mehrzahl der Wähler dem seit 1933 herrschenden [Austrofaschismus](#) entfremdet. Halbherzige Versuche der [Arbeitsbeschaffung](#), etwa der Bau der [Großglockner-Hochalpenstraße](#), blieben weitgehend wirkungslos, der Tourismus litt unter der von NS-Deutschland verhängten [Tausend-Mark-Sperre](#).

Nach dem „[Anschluss Österreichs](#)“ wurde der gehortete Devisenschatz der österreichischen Nationalbank sofort geplündert, andererseits sog die überhitzte Rüstungskonjunktur in der „[Zeit des Nationalsozialismus](#)“ die österreichische Arbeitslosigkeit innerhalb kurzer Zeit auf.

Der ganze negative Entwicklung ähnelt jener in Deutschland. Ob in Österreich auch ein Währungsexperiment wie die Rentenmark, das bewies, dass ein stabiles Geld auch ohne Golddeckung zu haben ist, durchgeführt wurde, konnte ich auf die Schnelle nicht feststellen. Aber sonst sind durchaus Parallelen festzustellen. Erst haben die Kundigen in den Regierungen in betrügerische Absicht die Währungen soweit inflationiert, bis das Geld seine Tauschfunktion verlor und alle auf Geld lautenden Forderungen vernichtet waren. Was eine gewaltige Umverteilung von den Gläubigern auf die Schuldner mit sich brachte. Auf diese Weise haben die Staaten Österreich und Deutschland den Krieg finanziert und sich hinterher von den Schulden befreit.

Das Wissen wie eine kaufkraftstabile Währung, die auch die Vollbeschäftigung ermöglicht, konstruiert sein muss, hatte damals Silvio Gesell schon lange geliefert. Es konnte aber nicht von den Währungsfachleuten aufgegriffen werden, weil diese in den Denkkategorien der Goldwährung hängen geblieben und der Goldlobby verpflichtet waren. Das alte Denken behielt die Oberhand, der mögliche Wohlstand wurde verhindert, diese beiden Staaten verschuldeten sich, um Gold zu kaufen, das anschließend dann – durch die Sicherungsmaßnahmen – kostenträchtig und unproduktiv in die Keller der Notenbanken gelegt wurde. Die Kredite mussten aber verzinst werden. Als dann, 1929, in den USA die Wirtschaftskrise ausbrach, wurden die kurzfristig gewährten Kredite fällig gestellt, das führte zu Goldabflüssen und in der Logik der Golddeckungswährung zu einer Reduzierung der umlaufenden Geldmenge mit der Folge der Deflation. Der Versuch, dem mit einer Austeritätspolitik gegenzusteuern, verschlimmerte die Situation in beiden Ländern. In Deutschland waren in Folge 36 % der Bevölkerung auf eine öffentliche Unterstützung angewiesen.(Vah lens Großes Wirt-

schaftslexicon, Bd. 2)

In Deutschland wurden in Schwanenkirchen, und in Österreich in Wörgl mit Lokalwährungs-Experimenten, die sich am Freigeld (ein Begriff der Freiwirtschaftsschule) orientierten, erfolgreich bewiesen, dass sich damit die Folgen von Deflationen schnell auflösen lassen. Die Verbote dieser Experimente haben dann den Siegeszug der Nazis befördert.

Dazu wurde neulich auch ein Spielfilm und eine Dokumentation gezeigt.

<https://www.3sat.de/film/3sat-zuschauerpreis/zuschauerpreis2019-das-wunder-von-woergl-100.html>

Der Schwede Gustav Cassel, der damals ein bekannter Ökonom und Geldtheoretiker war, schrieb im Vorwort der englischen Ausgabe seines Buches „Der Zusammenbruch der Goldwährung“ (The downfall of the gold standard):

Die Ansichten, die ich hier über die Zukunft des Goldes vertrete, bildeten sich nicht rasch oder willkürlich. Ich verbrachte viele Jahre in harter Arbeit für die Wiederherstellung einer internationalen Goldwährung. Aber als der Erfolg nahe schien, setzten die Kräfte der Zerstörung wieder ein und schwemmen alles weg, was erreicht war. Eine sorgfältige Prüfung der späteren Ereignisse brachte mich zu der Überzeugung, daß ein neuer Versuch einer Wiederherstellung hoffnungslos ist. Aber noch mehr: Auf Grund unserer jetzigen Erfahrungen erscheinen die Unzulänglichkeiten und die Mängel des Goldstandards als so grundlegend. Daß selbst schon der Gedanke an eine Rückkehr zu einem solchen Geldsystem als äußerst gefährlich zurückgewiesen werden muß. Wir werden von nun an alle unsere Anstrengungen darauf zu richten haben, ein neues, vom Gold gänzlich unabhängiges Währungssystem aufzubauen.

In meinem Text 96.3 mit Quellen zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer Republik“ habe ich auch Aussagen von Dr. Will Noebe zu der Rolle von Dr. Greely Hjalmar Schacht, in dem damaligen Geschehen eingefügt, die sehr aufschlussreich sind.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf>

Ich bin auf das Thema so ausführlich eingegangen, weil bei allem Respekt gegenüber Ludwig Heinrich von Mises, ein Liberalismus, der auf eine Goldwährung als Gestaltungselement einer Marktwirtschaft besteht, nicht zu den Siegern im Wettbewerb um die Gesellschaftsgestaltung gehören wird und es auch nicht verdient. Auch bei Milton Friedman und anderen

Neoliberalen zweiter Prägung² lassen sich gute Gedanken zur Freiheit finden. Friedman – wenn er noch leben würde - würde sicher den Vorwurf zurückweisen, dass er sozialfeindlich ist. Aber die Mängel in dieser Schule, führen letztlich zu einer Schädigung der Gestaltungsidee von einer Gesellschaft der Freien, die Ludwig Erhards Lieblingslehrer Franz Oppenheimer vorschwebte. Der Begriff Freihandel hatte einst einen guten Klang, weil er keinen Herrschaftsanspruch des Kapitals enthielt und die Eigenheit der Völker respektierte. Im Gegensatz dazu will die Globalisierung die Herrschaft des Kapitals, will Sicherheit und Freiheit für die Kapitalhalter, nicht für die Menschen, die wirtschaftliche Leistung erbringen und verbindet mit ihrem Agieren obendrein die Erwartung, dass die Völker jubeln, wenn sie auf den Status von Abhängigen fixiert werden. So wie der Liberalismus in der Vergangenheit gelehrt und praktiziert wurde und heute vertreten wird, erweckt er zu Recht Widerwillen und Ablehnung, fördert damit die Akzeptanz der Unfreiheit als Preis für eine scheinbar risikolosen Rundumversorgung durch den Staat.

Sehr geehrter Herr Solneman ihrem Brief heißt es: „Heute gibt es die Mises-Institute in der ganzen Welt, vorwiegend in den USA, wo Mises für den Rest seines Lebens gelehrt hat.“ Für die Freiwirtschaftsschule kann ich kein einziges Gesell-Institut benennen, nicht einmal einen Lehrstuhl an dem konzentriert Gesells Erkenntnisse vermittelt werden. Das kann als Erfolg sowohl der marxistisch geprägten Ökonomen und Politiker - die das freiwirtschaftliche Anliegen gerne als faschistisch diffamieren - wie auch der Interpreten eines nicht zu Ende gedachten Liberalismus – die das Anliegen gerne als Krypto-Wissenschaft abwerten – verstanden werden. Den Preis in Form von Hunger, Krieg, Flucht und den Verzicht auf Wohlstand ohne Umweltzerstörung bezahlen „linke“, „grüne“, „liberale“ und sonstige konservative Volksbeglucker anscheinend gerne, wenn sie ihre Ideologien dadurch „am Leben erhalten“ können. (Diese Aussage von mir beschreibt nur eine von mir empfundene Tendenz. Ich

² Die Neoliberalen erster Prägung, die auch unter dem Begriff Ordoliberalen verhandelt werden und zum Teil im

Gegensatz zur Chicagoer Schule standen, kamen den Erfordernissen einer befriedigenden Marktwirtschaft näher, sind

aber theoretisch gescheitert, weil sie glaubten auf die Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule verzichten zu können und

weil sie politisch von der CDU ausgebootet wurden, weil der bestimmende Teil den Kapitalismus wollte, der in den

Vorstellungen der Ordoliberalen nur einen rudimentären Platz hatte. Die Sozialdemokraten haben sich erst mit dem

Begriff Soziale Marktwirtschaft anfreunden, als den Begriffsbestandteil „sozial“ in „soziale Zwangskollektive“

umdeuten konnten. Sie glaubten dem Kapitalismus damit an den Kragen gehen zu können, haben ihn aber in Wirklichkeit nur verfestigt.

habe nicht meinerseits die Absicht, Menschen, die sich anderweitig engagieren zu diffamieren. Die politische Arbeit ist allgemein mit zu viel Frust und Freudlosigkeit beladen.)

Ich unterstelle Ihnen persönlich nicht, dass Sie unter diesen genannten Volksbeglückern einzusortieren sind, so leicht bilde ich mir kein Urteil über andere Menschen. Ich will Ihnen nur sagen, dass Sie aufgrund der geschilderten Situation meine Ausführungen politisch nicht ernst nehmen müssen. Da aber in ihrem Brief ein Anliegen mitschwingt, das uns beide bewegt, sollten wir prüfen, ob uns das gemeinsame Gespräch weiterbringt. Ich mag das nur nicht als neues politisches Projekt ankündigen oder anstreben, denn ich vollende in wenigen Tagen mein 86. Lebensjahr und habe das Gefühl, ich sollte aufhören politisch inhaltlich zu agieren und mich lieber auf meinen Abgang aus dieser Welt, die es verdient hat, eine bessere zu werden, vorbereiten.

Da unser Kontakt durch die Anzeigenzeitung *Neustädter Zeitung* zustande gekommen ist und der Geschäftserfolg besonders einer Anzeigenzeitung davon abhängt, dass das Publikum diese Art Zeitung durch interessante Textbeiträge, die sie bringt, auch annimmt, habe ich überlegt, ob wir den Herausgeber und die Redaktion nicht überzeugen sollten, neben der Rubrik „**Bordenau – Unser Dorf liest**“ eine ständige Rubrik zu installieren, die man nennen könnte „Demokratie und Ökonomie ohne Parteienbrille betrachtet“, denn ausschließlich die Berichterstattung über Parteienäußerungen, Mitteilungen der Kirchen und Vereine können nicht alle Leser befriedigen. Aber dazu müssten sich Leser für „Gotteslohn“ bereit finden, diese Rubrik auch zu füllen. Ich selber will aber nicht neue Verpflichtungen eingehen, weil ich bestehenden schon nicht gerecht werde.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mich mit Ihrer Reaktion auf einen Leserbrief von mir, mich „genötigt“ haben, auf ein gemeinsames – wenn auch differenziertes - Anliegen einzugehen. Ich werde Ihre Zuschrift und meine Antwort auf meine Internetseite ohne Nennung Ihres Namens und Ihrer Adresse veröffentlichen. Ihren Namen und die Adresse füge ich aber ein, wenn Sie es wollen. Ich würde auch gerne meine Aussagen abschließend mit Ihrer Erwiderung auf meiner Internetseite (mit Namensnennung) ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Der weitere Gedankenaustausch per E-Mail

und ein das Thema Freiheit ergänzender Leserbrief für die HAZ vom 14. Januar 2020

15. 1, 2020

Sehr geehrter Herr Abromeit,

vielen Dank für Ihre ausführliche Stellungnahme zu dem extrem komplexen und umfangreichen Thema Demokratie, Ökonomie, Freiheit und Wohlstand. Sie haben sich wirklich viel Zeit genommen und Mühe gegeben. Vielen Dank dafür.

Ihre Frau kann ich beruhigen. Ich bin nicht für Diktatur. Im Gegenteil. Aber das zu erklären, das geht nicht in wenigen Sätzen, so daß ich in einiger Zeit mal ausführlich meine Gedankengänge ausbreiten will.

Es scheint so, als wären viele Definitionen unterschiedlich, was dann leicht zu Mißverständnissen führt. Aber die unterschiedlichen Definitionen sind über Jahrhunderte entstanden und wurden von vielen verschiedenen Personen geschaffen und dann von anderen weitergetragen und dabei auch verändert.

Mir scheint, daß wir mindestens 80% Übereinstimmung zeigen, vielleicht Abweichungen im Detail.

Nächste Woche reise ich ... ins Ausland und werde dann möglicherweise Zeit haben, Ihnen zu antworten.

Noch eine Bemerkung: Auch ich bin auf ein Einkommen angewiesen und noch einige Jahre berufstätig. Aber tätig, das will ich mein ganzes Leben lang sein, nur dem heute herrschenden Zeitdruck und Streß, dem will ich so weit als möglich aus dem Weg gehen.

Seien Sie und Ihre Frau freundlich begrüßt, von einem Freiheitsfreund.

Heinrich Solneman

oooooooooooooooo

15. 1. 2020

Sehr geehrter Herr Solneman,
über Ihre Antwort habe ich mich sehr gefreut und fände es gut, wenn wir uns nach Ihrem Auslandsaufenthalt persönlich kennenlernen würden.

Wenn es Ihnen möglich ist, wäre es sinnvoll, meine letzten Texte auf meiner Intranetseite anzusehen. Ich habe mich dort besonders mit der Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft auseinandergesetzt. Ich kopiere unten die Dateiübersicht von zwei Arbeiten ein.¹

Ich habe vor, meinen Leserbrief vom 11.11. 2019 (als Auslöser), Ihren Brief und den Artikel aus "eigentümlich frei" (als Reaktion) und meine Antwort vom 14. 1. 2020 und Ihre Antwort

¹ Hier nicht wieder gegeben. Die Texte sind unter Aktuelles unter www.tristans-abromeit.de zu finden.

ebenfalls vom 15. 1. 2020 als ein Dokument in meine Internetpräsentation zu veröffentlichen.

oooooooooooooooo

16. 1. 2020

Fundsache auf dem eigenen Rechner:

Sehr geehrter Herr Solneman,

mir sind einige Dateien auf meinen Rechner durcheinander geraten. Beim Versuch zu klären, was los ist, stieß ich auf einen Leserbrief von mir, an dem ich keine Erinnerung hatte. Ich denke er ist auch heute (16. 1. 2020) noch aktuell.

Ich möchte ihn gerne Ihnen noch mit auf den Weg für Ihren Einsatz im Ausland mitgeben. Es grüßt Tristan

Leserzuschrift von Tristan Abromeit, , 31535 Neustadt, 14. Januar 2002

"Die Angst vor der Selbständigkeit" (HAZ 11. 1. 02) und

"In Niedersachsen bald Schulpflicht?"

Teil 1:

Wenn Prof. Opaschowski bei der Frage nach den Ursachen für die geringe Bereitschaft zur beruflichen Selbständigkeit eine Antwort im "Untertanendenken" findet, dann stellt er ungewollt, aber berechtigt den politischen Parteien und den von ihnen in die Ämter gehieften PolitikerInnen ein miserables Zeugnis aus. Und in der Tat ist es ja so, daß der "mündige Bürger" nur ein Füllwort in politischen Sonntagsreden ist. Der Mensch darf sich bei uns nicht für oder gegen eine Bildung entscheiden, sondern er wird gezwungen sich (ver-)bilden zu lassen, nicht einmal ein Ausweichen durch eine Gewissensentscheidung wie beim Militärzwang wird ihm zuerkannt. Und da das System noch nicht genug Analphabeten produziert, soll demnächst die Zwangsbildung auf das fünfte Lebensjahr vorverlegt werden. Natürlich dürfen Kinder und Eltern auch nicht über Bildungsformen und -inhalte entscheiden, dazu sind sie doch zu dumm und dafür sind doch die BildungspolitikerInnen da. Wer das nicht einsehen kann, ist wirklich ungebildet. Auch die Einsicht, daß in einer freien Gesellschaft das soziale Sicherungssystem auf eine Entmündigung der Arbeitnehmer aufbauen muß, und daß die Wähler sich auf eigene Kosten von den Wahlkämpfern verdummen lassen müssen, gehört zum höheren Bildungsniveau. Aber die Forderung, daß die Politik das Gebot des alten Grundgesetzes einlöst und die Bewohner der

BRD dadurch zu Bürgern macht, daß sie an der Verfassung ihrer Republik mitwirken können, ist doch total hirnrissig. Wer das nicht erkennen kann, der muß sich eine zweite oder dritte Phase der Zangsbildung gefallen lassen. Und da hat doch in den 70er Jahren Ivan Illich - der geistige Gefährte von Hartmut von Hentig - behauptet, die Bildungssysteme in den sich demokratisch nennenden Staaten glichen jenen in den totalitären Staaten wie ein Ei dem anderen. Dieser Illich muß wohl zu viel bei den geistigen Vätern der Sozialen Marktwirtschaft nachgeschlagen haben. Das waren total verrückte Spinner, die glaubten doch tatsächlich, daß man eine freie Gesellschaft mit adäquaten Strukturen schaffen könnte. Na ja, die wußten eben noch nichts vom Zwang als die höhere Form der Freiheit. Gottlob ist unser MP Gabriel, der ja gelernter Pädagoge ist, von den politischen Verführungen in der Zeit, als man nach Alternativen suchte, verschont geblieben. Er kann daher als SPD-Mann, "die Reihen fest geschlossen" mit den Kameraden und Kameradinnen von der CDU, der FDP und den Bündnisgrünen weiterhin aufrecht für den Bildungskommunismus kämpfen. Aber als Sofortmaßnahme sollten diese Kämpfer bei der HAZ intervenieren, damit dort nicht mehr so ketzerische Forderungen abgedruckt werden, wie sie der Opa, nein der Professor Opaschowski formuliert hat: "Eine künftige Kultur und Pädagogik der Selbständigkeit muss (...) immer zwei Erziehungsziele im Blick haben: 'Die Selbständigkeit als Person und die Selbständigkeit im Beruf.' "

Teil 2:

Wer die Aktivitäten im Schwarzmarkt für Arbeit (eine systemimmanente Korrektur der staatlich deformierten und ausgebeuteten regulären Märkte) beobachtet, kann feststellen, daß es ein hohes Maß an selbständigen kaufmännischen und handwerklichen Fähigkeiten gibt. Wer sich bei der gegebenen ökonomischen Lage darüber wundert, daß die Anzahl der Selbständigen zurückgegangen ist, muß wohl ein hohes Kapitaleinkommen oder einen gut dotierten Posten bei "Vater Staat" haben. Es gibt doch heute Handwerker, die mit viel Energie und Kosten ihren Meister gemacht haben und sich bei realistischer Einschätzung sagen: "Gib deine Träume, dich als Selbständiger zu sehen auf, bescheide dich mit der eingeschränkteren aber relativ sicheren Rolle als Arbeitnehmer." Die Gründe sind vielfältiger Art.

Es fehlt die Anleitung, die Erziehung durch das Vorbild. Wir haben eben keine Kultur der Freiheit, der Gestaltungsfreiheit. Was bei uns als Freiheit gehandelt wird, ist

eine Narrenfreiheit. Der Narr, der Hofnarr ist aber das Überdruckventil in unterdrückterischen Systemen. Wir haben keine Kultur der Selbständigen. Immer weniger Kinder und Jugendliche erleben ihre Eltern als selbständige Kaufleute, Handwerker, Bauern und Dienstleistende. Und jene Kinder, die aus Haushalten von Selbständigen kommen, machen zu häufig die Erfahrung, daß die Selbständigkeit ein Horror ist. Weder der Kindergarten noch die Schule werden als freie Kulturunternehmen erfahren. Die Berufsausbildung erfolgt mit der Rollenfixierung als Arbeitnehmer. Diese Rollenfixierung wird durch eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft noch gefördert. Fakt ist, daß die kapitalistische Vermögenskonzentration die Zahl der Möglichkeiten für selbständige Existenzen reduziert. Weiterhin ist Fakt, daß die Einkommenskonzentration (aufgrund von Kapitaleinkommen) die Nachfragestruktur verändert hat. Viele selbständige Existenzen sind auf die Nachfrage aus den mittleren Einkommensbereich angewiesen. Wenn diese Einkommen wegfallen, fällt auch die Nachfrage und damit die Grundlage für das Angebot weg. Selbständig werden bedeutet heute aber auch von einer Abhängigkeit in die nächste zu wechseln. Ich meine hier nicht die Abhängigkeit von der nachfragenden Kundschaft, sondern von den kosten-trächtigen Beratern aller Art. Wir haben einen Grad der Kompliziertheit unserer ökonomischen Prozesse und Verhältnisse erreicht, die als Einzelunternehmer gar nicht mehr zu bewältigen sind. Die Genossenschaft als Brücke zur Selbständigkeit ist durch einen Übereifer des Gesetzgebers in Bezug auf Regelungen unattraktiv geworden. Hinzu kommt eine Fülle von Mitgliedsbeiträgen, Abgaben und Steuern und Zins- und Tilgungsleistungen für aufgenommene Kredite, deren Fälligkeit völlig unabhängig davon sind, ob die Ergebnisse der Selbständigkeit auch die Zahlung ermöglichen. Die hohen Zahlen der Konkurse zeigen, daß mit unserer Wirtschaftsordnung vieles nicht in Ordnung ist. Es mag Konkurse geben, an denen sich Leute "gesund stoßen". Im Normalfall ist der Konkurs ein seelische und soziale Verletzung, die mit der Zeit nur oberflächlich ausheilt.

Das Schlimmste an der Sachlage ist, daß keine politischen Kräfte in Sicht sind, die auf eine Veränderung der Verhältnisse hoffen lassen. Auch der Mann aus Bayern ist eher eine zusätzliche Bedrohung und kein Hoffnungsträger.

Tristan Abromeit
Ex-Mitglied der F.D.P.
Gründungsmitglied der GRÜNEN